

Jemen: Nächstes Aufmarschgebiet im „Krieg gegen den Terror“

von Jürgen Wagner

Am 25. Dezember 2009 scheiterte ein Anschlag auf ein US-Passagierflugzeug. Nachdem der festgenommene Attentäter mutmaßlich von einem Al-Kaida-Ableger im Jemen ausgebildet worden sein soll, wurde zwischenzeitlich offen über eine direkte Militärintervention nachgedacht. Mittlerweile scheint man sich jedoch darauf geeinigt zu haben, dass es dort – wie in vielen anderen Ländern auch – angenehmer ist, „befreundeten Kräften“, in diesem Fall den Regierungstruppen, die Mittel an die Hand zu geben, damit diese die Drecksarbeit selbst übernehmen können. Im Zentrum des Interesses stehen aber nicht die Abwehr tatsächlicher oder vermuteter terroristischer Bedrohungen, sondern geostrategische Erwägungen: die Unterstützung Saudi Arabiens und die Eindämmung des Iran.

Jemen im Dreifrontenkrieg

In den 1960er Jahren bildeten sich auf dem heutigen jemenitischen Gebiet zwei Staaten heraus. Im Norden wurde 1962 die „Jemenitische Arabische Republik“ durch eine Gruppe nationalistischer, sunnitischer Offiziere proklamiert. Im Süden bekämpfte die „Nationale Befreiungsfront“ ab 1963 die britische Kolonialmacht, die sich 1967 aus dem Land zurückzog. Daraufhin bildete sich im selben Jahr die – sozialistische – Volksrepublik Jemen (ab 1970: Demokratische Volksrepublik Jemen). Im Jahr 1990 kam es zur Vereinigung beider Teile, erster gesamtjemenitischer Präsident wurde der bis heute amtierende Ali Abdullah Salih, der bereits seit 1978 die Macht im Norden innehatte.

Der Jemen ist eines der ärmsten Länder der Welt (Platz 151 von 177 im Human Development Index, 45% der Bevölkerung gelten als arm). Die Lage wird sich absehbar noch weiter verschlimmern, da die Öleinnahmen, die einen Großteil des Haushalts ausmachen, absehbar dramatisch sinken werden. Die Regierung gilt als korrupt und unfähig oder unwillig, die sozialen Probleme abzumildern. Hinzu kommt noch ein extrem rasches Bevölkerungswachstum und damit eine große Zahl perspektivloser Jugendlicher.

Bereits 1994 kam es zum Bürgerkrieg, in dem der Süden, dort vor allem die sozialistischen Kräfte, auf eine Abspaltung von der Regierung und dem Nordteil zielten. Dieser Aufstand wurde aber niedergeschlagen, und in der Folge nahm Salih's Regierung immer autoritärere Züge an. Seit Anfang 2009 flackern die Kämpfe wieder auf. Es dominieren dort weiterhin die sozialistischen Kräfte, jedoch beteiligen sich auch islamistische Gruppen (allerdings ohne Verbindungen zu Al-Kaida).¹ Der Aufstand richtet sich vor allem gegen die politische und ökonomische Marginalisierung und zielt weiterhin auf eine Abspaltung: „Die Unzufriedenheit hat seit 1994 zugenommen. Die Südjemeniten beklagen, von den Patronagenetzwerken des Regimes ausgeschlossen zu sein, so dass ihre wirtschaftliche Situation besonders prekär sei. [...] Als besonders schmerzlich empfinden die Südjemeniten, dass sie kaum an den Öleinnahmen beteiligt sind, obwohl die meisten Ölfelder im Süden liegen.“²

Die sunnitisch-wahabitische Regierung hat, wie nicht weiter

verwunderlich, engste Kontakte zu Saudi Arabien, das auch ihr wichtigster Unterstützer ist. Ab 2004 kam es auch in Teilen des Nordens zu Aufständen der schiitisch-zaidistischen Huthi-Bewegung. Die Zaidisten werden vom ebenfalls schiitischen Iran zumindest verbal, womöglich auch mit

Waffen (so zumindest die Anklage der jemenitischen Regierung) unterstützt. Auch wenn die Huthi-Bewegung jegliche direkte iranische Unterstützung dementiert³, erscheint sie dennoch plausibel.⁴ Als Grund für ihren Aufstand nennt auch die Huthi-Bewegung, sie würden durch die Zentralregierung politisch, ökonomisch sowie religiös ausgegrenzt, ein Vorwurf, der, soweit das ersichtlich ist, zutrifft. Vor allem die von Saudi Arabien ausgehenden Missionierungsversuche in den von ihnen besiedelten Regionen stoßen auf Widerstand. Im letzten Jahr nahmen die Kämpfe wieder an Intensität zu: „Im Laufe des brutal geführten Konflikts haben die Regierungstruppen immer wieder zaidistische Heiligtümer, Moscheen und Schulen zerstört.“⁵ Im November 2009 schwappten die Auseinandersetzungen sogar auf Saudi Arabien über, das in der Folge militärisch gegen die Huthi-Bewegung – vermutlich auch auf jemenitischem Gebiet – vorging. Schließlich bilden seit 2006 erstarkende Gruppen, die Al-Kaida zugerechnet werden, die dritte Front im jemenitischen Bürgerkrieg, sie scheinen aber gegenüber der Huthi-Bewegung und den Sozialisten über ein vergleichsweise geringes Potenzial zu verfügen.⁶

Geostrategischer Kontext

Das „Center for a New American Security“, eine US-Denkfabrik mit engen Kontakten zur Obama-Regierung, erhob in einem jüngst veröffentlichten Policy Paper die Stabilität Jemens in den Rang eines „vitalen nationalen Interesses.“ Als Begründung wird einerseits die Bedrohung durch Al-Kaida angeführt, aber auch Folgendes: „Zweitens haben die Vereinigten Staaten ein eindeutiges nationales Interesse an der Stabilität der ölreichen arabischen Halbinsel und an der Vermeidung eines Instabilitäts-exportes (durch terroristische Angriffe, das Auseinanderfallen des Staates oder in irgendeiner anderen Form) von Jemen nordwärts nach Saudi Arabien.“⁷

Ein wachsender iranischer Einfluss im Jemen stellt allein schon eine ungewünschte Veränderung der Machtkonstellation dar. Die Sorge besteht aber v.a. darin, dass Saudi Arabien, das zwar als problematisches, aber so ziemlich einziges Bollwerk gegen eine Machtausweitung des Iran gesehen wird, durch Entwicklungen im Jemen geschwächt werden könnte. Denn die an Jemen direkt angrenzenden saudischen Landesteile sind ebenfalls überwiegend von Schiiten bevölkert und keineswegs allzu gut auf das Regime in Riad zu sprechen. Dies ist umso problematischer, als genau diese Region den Großteil der immensen Erdölvorkommen Saudi Arabiens beinhaltet. Ein erfolgreicher Aufstand der Schiiten im Jemen könnte, so die Befürchtung, auf Saudi Arabien übergreifen und schlimmstenfalls noch andere Staaten in der Region mit großen schiitischen Bevölkerungsanteilen „infizieren“.⁸

„Das mittelfristige Schreckensszenario für den Westen könnte etwa so aussehen, dass eine schiitische Sezessionsbewegung in Saudi-Arabien an militärisches Know-How wie die Houthis kommt. Da es der saudischen Armee bisher offenbar nicht gelungen ist, die Grenze zu den Houthis wirklich dicht zu

machen, wäre auch der Weg für Waffen frei. Und wenn es im Osten Saudi-Arabiens zu einem militärischen Konflikt mit einer schiitischen Sezessionsbewegung käme, dann würde dieser Krieg mitten auf den größten Ölreserven der Welt ausgetragen werden. Selbst wenn es schiitischen Widerstandskämpfern nicht gelingen würde, gegen die hochgerüstete saudische Armee zu bestehen, so wäre ein langanhaltender Guerillakrieg im Osten Saudi-Arabiens ein Alptraum für die Ölversorgung des Westens. Profitieren würden von geringerer Ölförderung in Saudi-Arabien und daraus folgenden höheren Ölpreisen hingegen Ölexportureure wie der Iran und der inzwischen über sehr gute Beziehungen zum Iran verfügende Irak.⁴⁹ Wenn also stets gefordert wird, die Anrainerstaaten müssten in die Konfliktbeilegung involviert werden, so läge gerade eine Einbeziehung des Iran auf der Hand. Stets wird jedoch derzeit – etwa in einem Beitrag des „European Council on Foreign Relations“ - lediglich der Golf-Kooperationsrat (GCC) benannt, in dem zwar Saudi Arabien, nicht aber der Iran Mitglied ist.¹⁰

Auch eine Sezession des Südens würde die jemenitische Regierung als Saudi Arabiens Verbündeten extrem schwächen und soll demzufolge unbedingt verhindert werden. Die Scheinheiligkeit und Willkür der „internationalen Gemeinschaft“ wird angesichts der Politik gegenüber einem anderen Aufmarschgebiet im „Krieg gegen den Terror“ besonders deutlich: auf der einen Seite wird fieberhaft darauf hingearbeitet, den Sudan in zwei Teile aufzuspalten, um das missliebige Regime in Khartum zu schwächen¹¹, andererseits werden die nicht minder autoritären Machthaber im Jemen gegen separatistische Kräfte unterstützt, da diese sich gegenüber westlichen Interessen aufgeschlossen zeigten. Im Jemen steht die „territoriale Unversehrtheit“ und die „Souveränität und Unteilbarkeit“ ganz oben auf der westlichen Agenda. So sagte Außenminister Guido Westerwelle bei seinem Besuch in Saudi Arabien im Januar 2010: „Der Jemen muss ein souveräner und unabhängiger Staat bleiben.“¹²

Hinzu kommt noch, dass Jemen sozusagen der kongeniale Partner Somalias ist. Es liegt auf der anderen Seite des Golfs von Aden, durch den große Teile der weltweiten Handels- und Tankerschiffahrt gehen. Nachdem sich im Zuge der westlichen Anti-Piraterieoperationen vor der Küste Somalias die Piratenüberfälle in Richtung jemenitischer Küste verlagert haben¹³, liegt es auf der Hand, dass hier ein beträchtliches Interesse besteht, den schwerpunktmäßigen Einsatzbereich sozusagen mitzuverlagern. Eine noch fester gezurrte Kontrolle über dieses Schifffahrtsnadelöhr, durch das u.a. große Teile der chinesischen Ölversorgung gehen, spielt deshalb v.a. in den US-Überlegungen ebenfalls eine wichtige Rolle.¹⁴

Jemen: Bekämpfung der Aufstände – um jeden Preis

Die Aufstandsbewegungen im Norden und Süden haben nichts mit Al-Kaida zu tun, jegliche attestierten Verbindungen sind bislang unbewiesen und werden bspws. von der Huthi-Bewegung scharf zurückgewiesen.¹⁵ Die jemenitische Regierung hat derweil dennoch unmissverständlich bekannt gegeben, dass sie die Aufstandsbewegungen bekämpfen wird - koste es was es wolle, und unter Vernachlässigung dringend erforderlicher Sozialmaßnahmen. So wird Präsident Sahli mit folgenden Worten zitiert: „Sie haben uns dazu gezwungen, Gewalt anzuwenden. Wir werden sämtliche Waffen kaufen, die benötigt werden, statt Schulen zu bauen; wir werden befestigte militärische Posten errichten, um sie aus ihren Verstecken zu locken und sie in ihren Tälern zu treffen.“¹⁶

In diesem Zusammenhang scheint die jemenitische Regierung

die Gefahr durch Al-Kaida bewusst zu übertreiben, um an westliche (Militär-)Hilfe zu gelangen: „Das Regime nutzt den Krieg gegen Al-Kaida, um ausländische Hilfe zu erhalten und der Opposition Einhalt zu gebieten“, so der Jemen-Experte Franck Mermier.¹⁷ Während die Regierung von ca. 1.000 Al-Kaida-Kämpfern spricht, geht selbst die CIA von weniger als 200 aus.

Ende Januar wurden Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Regierung und den Zaidisten aufgenommen; inwieweit diese aber zu einem Ergebnis führen werden, ist gegenwärtig unklar. Denn für die Einstellung der Operation „verbrannte Erde“ fordert die Regierung von der Huthi-Bewegung weit reichende Zugeständnisse. Obwohl aber die Zaidisten signalisierten, sie seien zu einer Einigung bereit, wurde die Operation bislang fortgesetzt. Die Aussichten auf eine dauerhafte Lösung erscheinen vor allem vor dem Hintergrund gering, dass Sanaa wenig Interesse zu haben scheint, die zugrunde liegenden Konfliktursachen zu adressieren: „Ob die Absichtserklärung der jemenitischen Regierung [ihre Operation zu beenden] umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Derzeit deutet vieles darauf hin, dass Sanaa jedes Nachgeben der Houthi-Bewegung dazu nutzt, neue Forderungen aufzustellen. Die ursprünglichen Forderungen der Bewegung nach mehr kulturellen Rechten sowie mehr sozialer, wirtschaftlicher und politischer Partizipation sind für das Regime in Sanaa kein Thema.“¹⁸

Amerikanisch-europäische Involvierung

Spätestens seit dem Attentatsversuch vom 25. Dezember 2009 wird der Jemen als ein weiterer zentraler Schauplatz im Krieg gegen den Terror deklariert. Zwischenzeitlich gab es Forderungen von prominenter Stelle, nötigenfalls Bodentruppen zu entsenden. In diese Richtung äußerte sich etwa der einflussreiche US-Senator Joseph Lieberman: „Der Irak war der Krieg von gestern, Afghanistan ist der von heute, und wenn wir nicht präventiv handeln, so wird Jemen der von morgen sein.“¹⁹ Allerdings scheint man sich hiervon mittlerweile verabschiedet zu haben, Bodentruppen werden gegenwärtig ausgeschlossen. Mit Finanzhilfen, Unterstützung beim Training und Aufbau der jemenitischen Sicherheitskräfte sowie mit gezielten Luftschlägen soll die Situation im eigenen Sinne beeinflusst werden.

So forderte Obama im Dezember 2009 Angriffe auf ein mutmaßliches Al-Kaida Trainingscamp an, das mit von Drohnen gestarteten Cruise Missiles beschossen wurde.²⁰ Allerdings bombardieren die USA seit 2001 regelmäßig Ziele im Jemen, wobei es offiziell natürlich immer um Schläge gegen Al-Kaida handelt. Demgegenüber gibt aber der Mittelostexperte Stephen Zunes an: „Gerade vor dem Luftzwischenfall in Detroit töteten U.S.-Kriegsflugzeuge 50–100 jemenitische Stammesleute, die gegen das von den Vereinigten Staaten von Amerika gestützte Regime kämpften. U.S.-Spezialtruppen, Kampfflugzeuge und Killerdrohnen sind seit 2001 im Einsatz und ermorden jemenitische Kämpfer und regierungsfeindliche Stammesführer.“²¹

Finanziell ist die westliche Unterstützung vergleichsweise bescheiden. Deutschland etwa hat als größter europäischer Unterstützer 79 Mio. Euro an Entwicklungshilfe für die nächsten zwei Jahre zugesagt. Die USA haben 2009 ca. 70 Mio. Dollar verausgabt, dieser Betrag wurde nun für 2010 auf 120 Mio. aufgestockt. Der Großteil davon fließt allerdings in den Sicherheitssektor (v.a. für das Training von Militär, Polizei und Küstenwache). Es ist aber ohnehin nicht wirklich nötig, mit großen Summen das Regime in Sanaa aufzupäppeln, dafür sorgen bereits einige arabische Länder, allen voran Saudi Arabien: „Regionalexperten schätzen, dass Saudi Arabien jährlich zwischen \$200 und \$300

Mio. zur Unterstützung der jemenitischen Sicherheitsorgane bei der Durchführung von Anti-Terror-Operationen ausgibt.“ Die gesamten saudischen Unterstützungsleistungen werden auf über \$1. Mrd. im Jahr geschätzt.²²

Die deutsche Bundesmarine begann bereits 2005 die jemenitische Küstenwache in gemeinsame Manöver einzubinden.²³ Eine technische Beratergruppe der Bundeswehr ist bereits seit Jahren im Jemen und koordiniert die „Ausstattungshilfe“ des deutschen Verteidigungsministeriums für die jemenitischen Streitkräfte. Das EU-Länderstrategiepapier 2007-2013 schlug explizit vor: „Die EG könnte Überlegungen anstellen, ob Interventionen im Rahmen des vorliegenden [Strategiepapiers] wann immer erforderlich geplant werden können – nicht zuletzt wegen des starken Interesses der jemenitischen Regierung an Hilfe in diesem Bereich. Der Ausbildung von Polizei und Küstenwache wird derzeit im Rahmen der Grenzkontrolle besondere Aufmerksamkeit geschenkt und könnte zur Priorität einer möglichen EG-EU-Initiative werden.“²⁴

Britische „Special Forces“ wurden bereits vor dem Attentatsversuch vom Dezember 2009 in den Jemen entsandt und unterstützen seither die dortige Armee bei ihren Operationen.²⁵ Geht es nach dem britischen Premier Gordon Brown, so soll auch eine verstärkte Unterstützung der jemenitischen Küstenwache für den Kampf gegen Piraten im Golf von Aden zwischen der Arabischen Halbinsel und Somalia beschlossen werden.²⁶ Möglicherweise deutet dies auf eine EU-Mission zur Sicherheitssektorreform im Jemen hin – im gegenüberliegenden Somalia jedenfalls wird in Kürze eine gestartet werden – endgültig entschieden ist hierüber aber noch nicht. Theoretisch erlaubt darüber hinaus auch das ATALANTA-Mandat der EU nicht nur vor der jemenitischen Küste auf Piratenjagd zu gehen, sondern sogar innerhalb des Landes und in dessen Luftraum zu agieren – das Einverständnis der Regierung Jemens vorausgesetzt. Seeseitig operieren Teile der ATALANTA-Schiffe ohnehin bereits in diesem Gebiet. Auch wenn also gegenwärtig seitens der EU öffentlich keine Überlegungen angestellt werden, mit Bodentruppen innerhalb des Jemens einzugreifen, bietet das existierende Mandat hierfür durchaus die Möglichkeit, sollte die Situation außer Kontrolle geraten.

Fazit

Ganz offensichtlich ist die jemenitische Regierung Teil des Problems, nicht der Lösung. Jegliche Form von Finanzhilfen sollte deshalb einerseits daran gebunden sein, dass diese nicht in irgendeiner Form zum Aufbau von „Sicherheitskräften“ verwendet werden, seien es Polizei oder Armee. Damit wird nur Öl ins Feuer des Bürgerkriegs gegossen. Andererseits sollte die Vergabe von Hilfsgeldern strikt an die Maßgabe gekoppelt sein, dass sie allen Regionen zugute kommen, und zwar ungeachtet der religiösen und/oder politischen Ausrichtungen der dort mehrheitlich lebenden Menschen.

Ferner sollte klar sein, dass jegliche Militäraktion im Land nur zu einer Verschlimmerung der Lage beitragen wird. Außerdem bestärkt die einseitige Unterstützung der jemenitischen Regierung diese darin, gegenüber den Aufstandsbewegungen einen harten Kurs einzuschlagen und einen Aussöhnungsprozess zu vermeiden. Dies trägt außerdem dazu bei, dass die Regierung in Sanaa weiterhin darauf verzichten wird, die sozialen, politischen und religiösen Ursachen der Konflikte anzugehen. Über all diese Aspekte dürfte aber westlicherseits stillschweigend hinweggesehen werden, um den Jemen und damit Saudi Arabien als anti-iranisches Bollwerk in der Region zu stärken.

Anmerkungen

- 1 „Islamisten sind zwar vertreten, doch die Sozialisten geben den Ton an.“ Steinberg, Guido: Der Jemen vor dem Staatszerfall? Bürgerkrieg und Separatismus sind bedrohlicher als al-Qaida, SWP-Aktuell Januar 2010, S. 3.
- 2 Ebd.
- 3 Leukefeld, Karin: Wie stark ist Al Qaida in Jemen?, Neues Deutschland, 31.12.2009.
- 4 Iran urges Yemen's neighbors to stay out of rebellion, cnn.com, 11.11.2009.
- 5 Steinberg 2010, S. 2.
- 6 So etwa Fawaz Gerges, Professor für Politik des Mittleren Ostens an der London School of Economics: „Al-Qaida ist die geringste der vielen Herausforderungen im Jemen.“ Leukefeld, Karin: Das Teile-und-herrsche-Prinzip, junge Welt, 29.12.2009.
- 7 Andrew Exum/Richard Fontaine: On the Knife's Edge: Yemen's Instability and the Threat to American Interests, CNAS Policy Brief, November 2009. Auch Außenministerin Hillary Clinton gab zu Protokoll: „Die Instabilität im Jemen ist eine Bedrohung der regionalen und selbst der globalen Stabilität.“ Bewährungsprobe Guantanamo, Deutschlandfunk, 19.01.2010.
- 8 Betroffen könnte hiervon etwa auch der ebenfalls überwiegend schiitische Oman sein, der bislang noch als westlicher Verbündeter gilt. Vgl. Bhadrakumar, M.K.: Obama's Yemeni odyssey targets China, Asia Times, 09.01.2010.
- 9 Um was geht's beim Krieg auf der arabischen Halbinsel? (Jemen): <http://unser-trappenkamp.de/tr/?p=1127>
- 10 Korski; Daniel: Yemen: Europe's next challenge, ECFR, 04.01.2010; vgl. auch Gulf neighbours key to resolving Yemen's ills, AFP, 28.01.2010.
- 11 Vgl. Meienreis, David: Der Sudan im Räderwerk der Weltpolitik, IMI-Analyse 2007/034.
- 12 Außenminister wollen Jemen stützen, tagesschau.de, 09.01.2010.
- 13 Dies geschieht im Übrigen wohl eher, weil die Handelsschiffe ausgewichen sind, nicht weil die Piraten durch die Mission erfolgreich verdrängt worden wären.
- 14 Bhadrakumar 2010.
- 15 Leukefeld 2010
- 16 Yemeni leader vows to crush rebels, The National, 19.01.2010: <http://www.thenational.ae/apps/pbcs.dll/article?AID=/20090820/FOREIGN/708199846/1135>
- 17 Yemen using war on al-Qaida to bolster regime, The China Post, 12.01.2010.
- 18 Leukefeld, Karin: Den Angeboten folgt das Schweigen, Neues Deutschland, 02.02.2010.
- 19 Following Path of Least Resistance, Terrorists Turn Yemen Into Poor Man's Afghanistan, FoxNews.com, 28.12.2009.
- 20 U.S. Launched Missile Strikes on Al Qaeda in Yemen, Sources Say, FOXNews.com, 18.12.2009.
- 21 Margolis, Eric: Die Vereinigten Staaten von Amerika treten in das Hornisnennest Jemen, ZMag, 03.01.2010.
- 22 U.S., Saudi dominate Yemen security help, yahoonews, 21.01.2010.
- 23 Die neue Front, German-Foreign-Policy.com, 04.01.2010.
- 24 Jemen –Europäische Gemeinschaft Strategiepapier für den Zeitraum 2007-2013: http://ec.europa.eu/external_relations/yemen/csp/07_13_de.pdf
- 25 Detroit terror attack: Britain sends counter-terrorist forces to Yemen, the Telegraph, 03.01.2010.
- 26 Angst vor Anschlägen im Jemen wächst, Faz.net, 03.01.2010.